

## DEUTSCHLAND

### Dauer-Arbeitskampf

Seit dem 6. Februar streiken die Gewerkschaften, also seit **13 Wochen.**

Beamte arbeiten bereits 40 bis 42 Stunden. Die Länder wollen dies auch ihren Angestellten zumuten.

### PROTEST IN MÜNCHEN

Die Finanzminister berieten, Ver.di-Chef Frank Bsirske heizte Demonstranten ein



### ÖFFENTLICHER DIENST

# 39 Stunden plus großes X

Rechentricks und Stufenmodelle sollen im Tarifkonflikt zwischen Ländern und Gewerkschaften Mitte Mai den Durchbruch bringen

**S**tell dir vor, es ist Streik, und kaum einer geht hin. Seit drei Monaten schleppt sich der Tarifkonflikt um längere Arbeitszeiten im öffentlichen Dienst hin. Nur im Saarland traf die Gewerkschaft Ver.di den Lebensnerv der Regierung. 80 Angestellte von Finanzkassen und Rechenzentrum legten die Arbeit nieder und blockierten die Steuerberechnungen. 165 000 Erklärungen samt 178 Millionen Euro Rückerstattungen blieben liegen.

**Hunderte aufgebracht Bürger** rufen täglich bei den Finanzämtern an, weil sie dringend ihr Geld benötigen. Insolvenzen drohen. Ein Jungunternehmer flehte um Hilfe, weil er nach hohen Investitionen seine Mitarbeiter mit der erwarteten Steuerrückzahlung entlohnen wollte. „Diese Zuspitzung ist unverantwortlich“, empört sich Finanzminister Peter Jacoby (CDU). Bund, Ländern und Kirchen überweist das Saarland nur die Hälfte dessen, was es schuldig ist. 134 Millionen Euro Kassenkredite inklusive 10 000 Euro Tageszins nahm der kleinste Flächenstaat auf, um nicht in Zahlungsnot zu geraten.

Erst eine Klage des Landes stoppte den Ausstand. Das Arbeitsgericht Saarbrücken zwang Ver.di Dienstag voriger Woche, 18 Mitarbeiter für einen Not-

dienst abzustellen. „Die Arbeitskampfgegner sind derart ineinander verhakt“, dass das Weisungsrecht der Landesregierung voraussichtlich nicht befolgt werde, rechtfertigte Arbeitsgerichtsdirektor Erwin Fromm seine Entscheidung. Zwei Monate könnte es dauern, bis alle Rückstände aufgeholt sind.

Fortsetzung folgt. Die Steuerblockade soll, ginge es nach Ver.di, Schule machen. Zum Beispiel in Niedersachsen, wo der Verhandlungsführer der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) Finanzminister ist. Der aber schließt Zustände wie im Saarland aus: „Wir würden an neuralgischen Punkten einfach Beamte einsetzen“, wehrt Hartmut Möllring (CDU) am Rande der Finanzministerkonferenz in München ab.

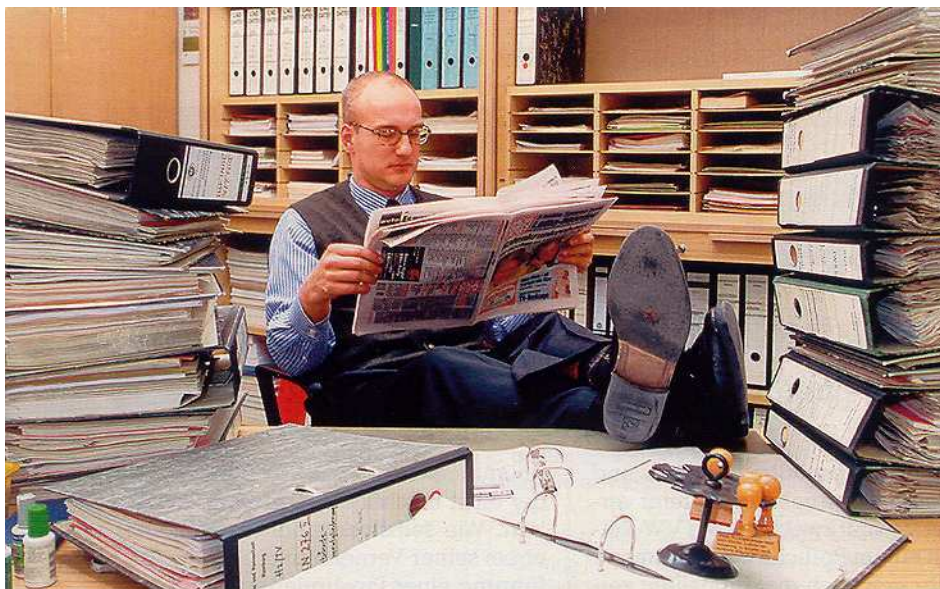
**Die Kassenwarte der Länder** einigten sich dort vergangenen Freitag darauf, nach acht Wochen Stillstand wieder mit den Gewerkschaften ins Gespräch zu kommen. Am 18. und 19. Mai wollen TdL sowie Ver.di und dbb-Tarifunion über neue Ideen ihrer diskreten Tariftüftler in Berlin verhandeln. Der Termin liegt gut, weil zur selben Zeit die Ministerpräsidenten in der Hauptstadt weilten, erklärte Möllring mit Verweis auf „hochpolitische“ Fragen, über die man sich dann schnell verständigen könne.

Bislang pochen die Länder auf eine Wochenarbeitszeit für ihre Angestellten von mindestens 40 Stunden. In den neuen Ländern ist das längst Usus. Ver.di lehnte höhere Arbeitszeiten strikt ab, auch oder gerade wegen der Meistbegünstigungsklausel im neuen Tarifvertrag (TVöD) mit Bund und Kommunen. „Damit hat sich die Gewerkschaft gefesselt“, beschreibt Möllring deren Dilemma. Denn der Passus sichert Bund und Kommunen ein Recht auf Nachbesserung zu, sollten die Länder einen günstigeren Tarifabschluss erzielen.

### KRASS

Auf ihrem Kittel verkündet diese Medizinerin auf einer Demo in Berlin, wie schlecht ihre Arbeit an Kliniken bezahlt wird





**UNPRODUKTIV** Laut einer Studie sind öffentlich Bedienstete im Durchschnitt zu 47 Prozent unausgelastet – das frustet und kostet den Staat Milliarden Euro

Ein Ausweg könnte ein Stufenplan sein, mit dem die Klausel umgangen wird, bis die Gewerkschaften sie zum 31. Dezember 2007 kündigen können. Wie FOCUS aus Verhandlungskreisen erfuhr, sollen in die Berechnung der Wochenarbeitszeit auch Verträge einfließen, die die Westländer seit zwei Jahren tariffrei mit Angestellten abschließen. So arbeiten schon bis zu 30 Prozent des neuen oder beförderten Personals im öffentlichen Dienst 40 bis 42 Wochenstunden. Diese Kalkulation würde die Arbeitszeit „nach oben drücken – in Richtung 39 plus großes X“, wie ein Tarifexperte meinte. Bestandteil des Pakets soll ferner sein, dass etwa ein Fünftel der Beschäftigten, insbesondere Schichtarbeiter oder Krankenschwestern, von längeren Jobzeiten verschont bleibt. Ausgelotet werde nun, „ob Ver.di bereit ist, sich zu bewegen, und die Länder bereit sind, Zwischenschritte zu gehen“, so Möllring. Der TdL-Chef hält eine Einigung bei der Arbeitszeit für wahrscheinlicher als beim Urlaubs- und Weihnachtsgeld, das die Länder erheblich kürzen wollen.

**Skeptiker Möllring** will nicht so recht an einen Durchbruch bei den Verhandlungen Mitte Mai glauben. Sein neuer Vize, Brandenburgs Finanzminister Rainer Speer (SPD), ist optimistischer: „Nach meinem Dafürhalten kriegen wir das hin.“ Schließlich sei der Termin mit der Maßgabe festgelegt worden, zu einem Abschluss zu kommen. Bayerns Ressortchef Kurt Falthäuser (CSU) mahnt mit Blick auf marode Etats zur Vernunft: „Wir machen das nicht zum Spaß, sondern zur Konsolidierung der Haushalte.“

Das könnte er schneller haben, verspricht zumindest eine Langzeitstudie der Münchner Strategieberatung Peter Milde und Partner (PMP). Bis zu 30 Prozent Personalkosten würden staatliche Arbeitgeber sparen, führten sie nur „flexible, am realen Bedarf orientierte Arbeitszeiten ein – inklusive Anpassung der Gehälter auch nach unten“, betont Geschäftsführer Milde.

**Vier Jahre lang interviewte** PMP mehr als 10 000 Staatsbedienstete. Niederschmetterndes Ergebnis: Das Personal, vor allem in der Verwaltung, ist im Durchschnitt nur zu 53 Prozent ausgelastet. „Längere starre Tarifzeiten lösen die Probleme im öffentlichen Dienst nicht“, so Unternehmensberater Milde. Im Gegenteil: Sie würden die Beschäftigten demotivieren und zu noch mehr Unproduktivität führen. Die Frage nach dem tatsächlichen Arbeitsaufkommen müsse deshalb Priorität haben. Gelingt dies nicht, ginge in den nächsten fünf bis zehn Jahren knapp ein Drittel der staatlichen Arbeitsplätze verloren.

Ob die ab 2007 vorgesehenen Leistungselemente im neuen Tarifvertrag die Motivation steigern, bezweifelt eine Studie der Bertelsmann-Stiftung. Zum einen sei der Anteil mit zunächst einem Prozent an der Gesamtvergütung viel zu gering, um Anreize zu schaffen. Andererseits fehle es an beurteilungsfreudigen Führungskräften. In Großbritannien werden mindestens fünf Prozent des Gehalts nach Leistung bezahlt. Und Ungarn kürzt sogar Gehälter bis zu 20 Prozent bei schwachem Einsatz. ■

B. BÄUMLISBERGER/H. KISTENFEGGER